

EINWANDERUNG WIRD AUCH IN ZUKUNFT NOTWENDIG SEIN

Die Politik und der öffentliche Dienst sind gefordert, bestmögliche Rahmenbedingungen für Integration zu schaffen und dabei die Grundprinzipien unserer offenen Gesellschaft zu wahren. Keine unlösbare Aufgabe. TEXT: DR. NORBERT SCHNEDL

Foto: Andi Bruckner



Außer Zweifel steht, dass Kriegsflüchtlinge bei uns auch in Zukunft jederzeit Zuflucht finden müssen

Wir alle haben mit Einwanderern zu tun. Sei es in der Begegnung im täglichen Leben, sei es beruflich oder sei es bei der Konsumation von Medienberichten. Einwanderung ist facettenreich und kann auch nicht mit Schwarzweißdenken beurteilt werden. Es ist wohl ein Unterschied, ob wir über Asylantinnen und Asylanten diskutieren, die vor Verfolgung in ihrer Heimat geflüchtet sind, oder über Einwanderer, die nach Öster-

reich gekommen sind, um zu arbeiten und hier eine neue Existenz aufzubauen.

INTEGRATION

Die demografischen Fakten sprechen eine eindeutige Sprache. Wir sind eine alternde Gesellschaft und werden Einwanderer dringend benötigen, um unser soziales System aufrechterhalten zu können. Deshalb ist es unabdingbar, unsere Migrationspolitik zu überdenken. Einerseits muss klar sein, dass wir weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten diejenigen, die vor Krieg und Verfolgung in ihrer Heimat flüchten

mussten, bestmöglich unterstützen. Das gebietet nicht nur die Menschlichkeit, sondern auch der Umstand, dass wir als eine der reichsten Industrienationen dieser Erde wohl dazu auch in der Lage sind. Andererseits müssen wir bei der Einwanderung jener Menschen, die hier arbeiten und leben wollen, stärker darauf Rücksicht nehmen, welche Qualifikationen wir brauchen. Ähnlich wie Kanada oder die USA sollten wir hier durchaus wählerisch sein. Das bedeu-

tet aber auch, dass wir die Menschen, die wir brauchen, freundlich und offen empfangen und ihnen Jobperspektiven und Chancen bieten. Wirkungsvolle Integrationsbemühungen müssen von Anfang an diesen Prozess begleiten.

Integration ist sowohl eine Bring- als auch eine Holschuld. Es ist nicht einfach, verschiedene Kulturen zu einem von gegenseitigem Respekt getragenen Zusammenleben zu bringen. Gegenseitiger Respekt bedeutet Toleranz dem Anderen gegenüber. Für die Einwanderer bedeutet es aber auch die gesellschaftlichen Regeln des Gastlandes zu akzeptieren. Und damit sind wir bei einem entscheidenden Punkt angelangt.

NACHHOLBEDARF

Derzeit funktioniert Integration, vor allem in Ballungsräumen, mehr schlecht als recht. Hier wurden in der Vergangenheit große Fehler gemacht. In den 70er, 80er und 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wurden Arbeitskräfte geholt und nur unzureichende Integrationsbemühungen unternommen. Vor allem die „Holschuld“ wurde nicht konsequent eingefordert. Das führte dazu, dass die deutsche Sprache und die Wertewelt des Gastlandes nur unzureichend vermittelt werden konnten und damit eine wesentliche Barriere entstanden ist, die eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben des Gastlandes verhindert hat.

Verschiedene Kulturen bewegten sich nicht aufeinander zu, sondern es wur-

den Barrieren aufgebaut, und es entstanden abgegrenzte Lebensräume. Vor allem für radikale islamische Gruppen bildete dieses Versagen ein Vakuum, das es ermöglichte, eine Parallelwelt aufzubauen. Zum Beispiel berichten unsere Lehrerinnen immer wieder von Vorkommnissen, wo sie aus kulturell-religiösen Gründen als Gesprächspartnerinnen von Vätern nicht akzeptiert werden. Solche Verhaltensmuster dürfen freilich nicht dazu führen, pauschal über den Islam zu urteilen. Es gibt ja auch viele Moslems, die sich gut integriert haben und unsere Werte akzeptieren.

GEGENSEITIGE TOLERANZ

Für eine offene und tolerante Gesellschaft wie die unsere muss es aber über alle gesellschaftlichen Gruppen, politischen Parteien und Religionsgemeinschaften außer Streit stehen, dass die Errungenschaften von aufgeklärten demokratischen Gesellschaften wie beispielsweise die Trennung von Religion und Staat, die Meinungsfreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, Religionsfreiheit usw. vorbehaltlos akzeptiert werden müssen. Eine Missachtung dieser gesellschaftlichen Errungenschaften, die im Zuge der Aufklärung blutig erkämpft und der Kirche und Despoten abgerungen wurden, kann nicht toleriert werden. Hier hat die Toleranz ihre Grenzen. Sir Karl Popper, einer der größten Österreicher, hat in seinem



Der Autor, Dr. Norbert Schnedl, ist GÖD-Vorstand für Dienstrecht



Bei der Integration als Kernstück einer intakten offenen und toleranten Gesellschaft ist der Öffentliche Dienst der wesentliche Schlüsselspieler

Toleranzgespräch am 16. März 1982 an der Universität Wien dazu festgehalten: „Voltaire begründet die Toleranz damit, dass wir einander unsere Torheiten vergeben sollen. Aber eine weitverbreitete Torheit, die der Intoleranz, findet Voltaire, mit Recht, schwer zu tolerieren. In der Tat, hier hat die Toleranz ihre Grenzen. Wenn wir der Intoleranz den Rechtsanspruch zugestehen, toleriert zu werden, dann zerstören wir die Toleranz und den Rechtsstaat ...“

MEINUNGSFREIHEIT

Dort wo in Migrantenfamilien Frauen unterdrückt werden oder jugendliche Mädchen aus der Schule genommen werden, um in ihrem Herkunftsland zwangsverheiratet zu werden, müssen wir Antworten haben. Hier ist Toleranz fehl am Platz. Diese unhaltbaren Missstände, auch wenn es nur Einzelfälle sind, müssen benannt und konsequent mit allen zu Gebote stehenden Mitteln verhindert werden.

Ebenso muss Meinungsfreiheit hoch gehalten werden. Es muss weiter möglich sein, öffentlich zu kritisieren und seine Meinung zu äußern, auch zu heiklen Themen oder die Religion betreffend. Wenn der Papst in einem Vortrag ein Zitat verwendet, so mag jeder Einzelne eine Meinung dazu haben, den Vortrag für gut oder schlecht zu befinden. Aber

es muss außer Streit stehen, dass er seine Vorträge mit Zitaten gestalten kann, wie er es für richtig hält.

FAKTOR ÖFFENTLICHER DIENST

Was hat das alles mit dem öffentlichen Dienst zu tun? Der öffentliche Dienst ist der Schlüsselspieler bei der Integration unserer ausländischen MitbürgerInnen. Über den öffentlichen Dienst wird das Integrationsangebot wie z. B. Sprachkurse, Vermittlung des Rechtssystems, Aufklärung über Rechte und Pflichten, Schule, Zugang zum Gesundheitssystem und zum Arbeitsmarkt usw. sichergestellt. LehrerInnen, PolizistInnen, KollegInnen in den verschiedensten Ämtern geben täglich ihr Bestes, um Integration mit Leben zu erfüllen. Die Rahmenbedingungen werden von der Politik vorgegeben. Es muss aber letztendlich gesamtgesellschaftlicher Konsens darüber bestehen, dass wir in Zukunft unsere Bemühungen dahingehend verstärken, MigrantInnen nicht nur ins Land zu holen, sondern aktiv auf sie zugehen und in unser Gesellschaftsleben einbinden. Andererseits darf kein Zweifel darüber bestehen, dass von den MigrantInnen unsere Grund- und Freiheitsrechte uneingeschränkt akzeptiert werden. Nur so kann ein Miteinander, getragen von gegenseitigem Respekt, entstehen. ■